

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 40.

Charlottenburg, Freitag, den 4. Oktober 1918.

Jahrg. 45.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 10. und 11. September fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die sich mit dem Bericht der Generalkommission, mit dem Volksbund für Freiheit und Vaterland und mit verschiedenen Gewerkschaftsfragen zu beschäftigen hatte. Dem gedruckt vorliegenden Bericht der Generalkommission entnehmen wir folgendes:

Der § 153 der Gewerbeordnung ist gemäß der Zusage der verbündeten Regierungen aufgehoben worden. Die letzteren haben auch dem Reichstag einen Arbeitskammer-Gesetzentwurf vorgelegt, der indes nicht den Anforderungen der Arbeitnehmerschaft entspricht. Die Gewerkschaftszentralen haben einen ihren Wünschen entsprechenden Arbeitskammer-Gesetzentwurf ausgearbeitet, den die Arbeitervertreter in der Reichstagskommission einbrachten. Die Kommission hat sich für örtlich begrenzte Arbeitskammern sowie für besondere Arbeitnehmerabteilungen gemäß dem Gewerkschaftsentwurf erklärt, sie beschloß weiterhin, die im Hilfsdienstgesetz enthaltenen Vorschriften über Arbeiterausschüsse in das Arbeitskammergesetz aufzunehmen. Ein Unterausschuß soll diese Beschlüsse in die Vorlage hineinarbeiten.

Die Bestimmungen über Entschädigung der wegen Kohlenmangels feiernden Arbeiter sind in ihrer Geltung bis zum 30. September d. J. verlängert worden.

Die Einrichtungen des Hilfsdienstes zur Beilegung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis scheinen allmählich besser zu funktionieren, denn die Zahl der Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen ist geringer geworden. Weniger befriedigend gestaltet sich die Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, da die Verordnungen einzelner stellvertretender Generalkommandos noch immer das Verständnis für gewerkschaftliche Bedürfnisse vermissen lassen. Besonders sind im 6. Armeekorpsbezirk Breslau die die Gewerkschaftsarbeit hindernden Verordnungen trotz der Beschwerden beim Reichskanzler, Kriegsminister und Kriegsamt beibehalten worden, wodurch die Arbeiterschaft zu Arbeitseinstellungen gereizt wurde. Die Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien gaben zu Verhandlungen in Berlin Veranlassung; der Verlauf dieser Streikbewegungen wird in dem Bericht eingehend dargelegt. Die Gewerkschaften standen dem Ausbruch dieser Bewegung fern, haben aber alles zu ihrer Beilegung aufgeboten.

Die Ernährungsverhältnisse waren nicht ungünstiger als im Vorjahr, aber die Wirkungen von vier Kriegsjahren machen sich immer nachteiliger bemerkbar, weshalb die Generalkommission bei Verhandlungen mit amtlichen Stellen für eine Erhöhung, statt der Verkürzung der Rationen und gegen jede Preiserhöhung eintrat. Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung wird von der Reichsregierung noch immer hinausgeschoben. Sie will sich für die Übergangswirtschaft mit den ins Leben gerufenen Zentralauskunftsstellen begnügen. Dem Verlangen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, die Funktionen dieser Zentralstellen seinen Bezirksverbänden zu übertragen, wurde sowohl von seiten der Arbeitgeberverbände als auch der Gewerkschaften widersprochen.

Der Bericht erörtert dann weiter die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland, die Bestrebungen des Reichsverbandes für sparsame Laubeise, die Beitragsfestsetzung für die Gesellschaft für soziale Reform, die Differenzen in Leipzig und Braun-

schweig, die Beziehungen zu den ausländischen Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag. In bezug auf letztere nahm der Reichstag am 21. März 1918 eine Resolution an, den Reichskanzler zu ersuchen, beim Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über Mindestforderungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung zwischen den vertragsschließenden Staaten herbeigeführt werden. Da auch durch diesen Reichstagsbeschluß die Sache nicht über den toten Punkt hinweggekommen ist, beabsichtigt die Generalkommission, mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund über die gegenseitige Entsendung von Rednern zur Aufklärung und Belebung dieser Bestrebungen zu verhandeln.

Im Anschluß an diesen Bericht gab der Vorsitzende der Generalkommission, Regien, eine Erklärung gegen Gompers ab, die gegen die Stimme des Vertreters des Vorstandes der Kürschner gutgeheißen und deren Veröffentlichung beschlossen wurde. Die darauf einsetzende Debatte zum Bericht der Generalkommission befaßte sich mit den Fragen der Reklamation von Gewerkschaftsfunktionären, den Grundsätzen der Demobilmachung, der Auskunftsstelle vereinigter Verbände und der Beitragsfestsetzung zur Gesellschaft für soziale Reform. Ein Antrag des Vorstandes des Fabrikarbeiterverbandes, an Stelle des verstorbenen Genossen Döblin eine Ersatzwahl für die Generalkommission vorzunehmen, vereinigte nur zwei Stimmen auf sich. Für die weitere Behandlung der Frage des Arbeitskammergesetzes wurde auf Antrag Leiparts beschlossen, eine gemeinsame Konferenz aller Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände zu veranstalten und die Generalkommission mit den Vorverhandlungen zu betrauen.

Mit dem gegenwärtigen Stand der Volksernährung beschäftigten sich drei Anträge, die der Konferenz vorlagen. Ein Antrag der Gewerkschaften von Nürnberg-Fürth verlangt als Maßnahmen gegen die ungenügende Ernährung die Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter aus den Beratungskörperschaften der Kriegsernährung, sowie event. weitere Protestaktionen. Ein Antrag des Vorsitzenden des Dachdeckerverbandes, Thomas, empfiehlt eine Delegation an den Reichskanzler zu entsenden, um diesen über die verzweifelte Lage der Arbeiterschaft und ihre wachsende Erbitterung, besonders über die Preistreiberieien und den Hunger, zu unterrichten. Ein Antrag Leipart stützt sich auf die von Mitgliederkreisen der Gewerkschaften ausgehende Agitation für Arbeitszeitverkürzung, die er angesichts der unzureichenden Ernährung im Interesse der Arbeitergesundheit billigt und dementsprechend gesetzliche Maßnahmen zur Einführung einer höchstens achtstündigen Arbeitszeit verlangt. Diese Forderung solle sich nicht gegen die Arbeitgeber richten. Einsichtsvolle Unternehmer hätten sich auch bereits zustimmend geäußert. Es solle deshalb auch auf freie Vereinbarungen mit den Arbeitgebern in diesem Sinne hingewirkt werden. Die Diskussion über diese Anträge war sehr ausgedehnt. Allgemein wurde die Entsendung einer Delegation an den Reichskanzler gebilligt. Wegen der Verkürzung der Arbeitszeit soll die Generalkommission zunächst mit den zuständigen Reichsstellen verhandeln. Die Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter aus den Ernährungsbeiräten wurde als arbeiterschädigend zurückgewiesen. Fast ebenso einmütig verwarf man auch den in Arbeiterkreisen zum Ausdruck gebrachten Gedanken, durch Streiks eine Milderung der Lage herbeizuführen. Die Anträge wurden schließlich der Generalkommission zur weiteren Behandlung überwiesen mit dem Auftrag, über den Erfolg ihrer Schritte der nächsten Vorstandskonferenz Bericht zu erstatten. Die Delegation an den Reichskanzler soll zur

Unkenrufe gegen die Arbeiterkontrollleure.

I.

Die jetzt von der Arbeiterschaft mehr betonte Forderung, durch Personen aus ihren Kreisen bei der staatlichen Gewerbeaufsicht und der berufsgenossenschaftlichen Betriebsrevisionen mitzutwirken, hat die Gegner dieser Reform veranlaßt, mit ihren alten, stark abgenutzten Argumenten wieder vor die Öffentlichkeit zu treten. In einer Abhandlung unter dem Titel „Weibliche Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienst“ (in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“ Heft 6 dieses Jahrgangs) tritt uns hier der Gewerbeinspektor Morgner (Chemnitz) entgegen, wovon Einzelheiten nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Herr Gewerbeinspektor als Hochschultechniker ist ganz entschieden gegen eine Anstellung von weiblichen Hilfskräften. Hierzu wird u. a. ausgeführt: „Die Erfolge, die unsere Unfallverhütung in der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens unserer Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuweisen vermag, sind ein weiterer, sehr beachtenswerter Beitrag für die Wichtigkeit der Behauptung, daß nur Maschinen- und Elektrotechniker und Chemiker eine sachgemäße und erfolgreiche Behandlung der Unfallfragen verbürgen. Zugleich sollten sie eine Warnung sein, von dem bisherigen über alle Maßen bewährten Weg abzuweichen. Zu den Fragen des Arbeiterinnenschutzes sei hervorgehoben, daß insbesondere die Maschinen mit vorwiegend weiblicher Bedienung, z. B. der Textilindustrie, des Buchdruckergewerbes, der Wäschereien, der Nahrungsmittelindustrie, der Papierherstellung und -verarbeitung usw., in Deutschland in ganz vorzüglicher Weise dem Arbeiterinnenschutz angepaßt sind. Dieser tadellose Stand ist das Ergebnis einer oft sehr langwierigen gemeinsamen Arbeit von technischen Betriebsbeamten, Maschinenkonstruktoren, intelligenten Arbeitern und Unfalltechnikern. Die in der Praxis noch nicht völlig gelösten Fragen des Unfallschutzes für Arbeiterinnen können nur auf Grund sachlicher Arbeit befriedigend gelöst werden. Noch klarer tritt dieses für den bautechnischen Arbeiterschutz zutage, der bereits vor Beginn der Bauten durch Prüfung der Baupläne auf Stand- und Verkehrssicherheit usw. gewahrt wird. Eine Ausnahme besteht in letzterer Hinsicht für den Bauarbeiterschutz während der Ausführung der Bauten, wobei neuerdings die Tragfähigkeit der Gerüste durch Prüfung oder statische Berechnung nachgewiesen werden muß, der ohne praktisch und theoretisch erfahrene Bautechniker undenkbar und für eine laienhafte Aufsichtsführung völlig unzugänglich ist. — Für die Gewerbehygiene ist ein den Aufwendungen nur einigermaßen entsprechendes Ergebnis von weiblichen Hilfskräften noch viel weniger zu erwarten. Außerdem sollen diese Beamtinnen den Arbeiterinnen Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache über Angelegenheiten der Arbeitsverhältnisse bieten, mit denen letztere sich aus weiblichem Empfinden nicht an den männlichen Aufsichtsbeamten wenden würden. Indes ist auch nach den Jahresberichten dieser Aufsichtsbeamtinnen in dieser Beziehung nur ein geringes Bedürfnis zutage getreten usw.“ Wie aus dieser Abhandlung zu ersehen, ist der Herr gegen eine Mitwirkung der Arbeiter und besonders sind nach seiner Meinung „von den weiblichen Hilfskräften keine großen Erwartungen zu hegen“.

Nach dieser Darstellung leben wir in der besten aller Welten. Die ganze ungeheure gewerbliche Unfall- und Krankenbelastung infolge der Schutzunterlassungen und besonders durch eine ungenügende Betriebsaufsicht erscheinen hier als unbekannte Dinge. Daher auch keine Spur der Erkenntnis zu einer dringenden Reform der Gewerbeaufsicht. Den „intelligenten Arbeiter“ als praktische Kraft bei der Schaffung von Schutzrichtungen und -vorschriften läßt sich der Herr wohl gefallen, bloß die Beaufsichtigung der Betriebe muß ein Reservatrecht der Hochschultechniker bleiben.

Vor allem hier die wahrzunehmende Geringschätzung gegenüber den praktisch-technischen Kenntnissen und die überaus hohe Meinung von dem theoretisch-technischen Wissen. Es ist der starre und doktrinaire Glaube, der selbst in den Kreisen der höheren Verwaltungsbehörden und der Techniker nicht mehr geteilt wird. Eine Ueberspannung der theoretisch-technischen Anforderungen muß auch schließlich bei der Gewerbeaufsicht zu einem Mißerfolg führen. Das höhere technische Wissen muß mit der Praxis bei der Unfallverhütung und der Gewerbehygiene Hand in Hand arbeiten. Der Niederschlag dieser gemeinsamen Arbeit soll in den Unfallverhütungsvorschriften und in den behördlichen Schutzmaßnahmen seinen normalverständlichen Ausdruck erhalten. Wenn behördlicherseits bei außergewöhnlichen Bauten für die Standsicherheit der Gerüste eine statische Berechnung verlangt wird, so ist das begreiflich; für die Durchschnittsbauten bestehen für jeden Bauleiter oder Polier Normalien, nach denen erfahrungsmäßig an der Hand der

sofortigen Ausführung gebracht werden. In die Delegation wurden die Genossen Meißner, Thomas, Baplow, Schmidt (Landarbeiter) und Waldhauer gewählt. Ein Mitglied der Generalkommission soll die Führung übernehmen.

Sodann berichtet die Vertreterin des Arbeiterinnensekretariats — Hanna — über die ungenügenden Erfolge der hinsichtlich der Ausbildung von Arbeitsvermittlerinnen unternommenen Schritte. Die Gewerkschaftsleitungen seien sich anscheinend über die Voraussetzungen, unter denen geeignete Arbeiterinnen vorgeschlagen werden sollten, nicht klar gewesen. Auch habe es vielfach am nötigen Interesse für diese Angelegenheit gemangelt. Die Generalkommission wurde beauftragt, für die Deckung der durch den Besuch der Kurse entstehenden Kosten aus Reichsmitteln einzutreten.

Auf Antrag der Angestellten der Generalkommission auf die Gewährung einer Teuerungszulage beschloß die Konferenz, gemäß den Vorschlägen der hierfür eingesetzten Gehaltskommission, allen Angestellten der Generalkommission eine Teuerungszulage ab 1. Juli d. J. zu gewähren. Auch wurde eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Konferenz- und Reisekosten beschlossen.

Ueber den Volksbund für Freiheit und Vaterland kam es zu einer lebhaften Aussprache, weil über die Bestrebungen dieser Organisation in Arbeiterkreisen vielfach das rechte Verständnis mangelt. Aber auch die ungenügende Wirksamkeit des Volksbundes wurde von mehreren Seiten kritisiert. Dagegen fanden die Anregungen, daß die Generalkommission, um die Opposition in Gewerkschaftskreisen zu entkräften, aus dem Volksbund austreten sollte, keine Mehrheit. Im Gegenteil war man überwiegend der Ansicht, daß der Volksbund noch einer stärkeren Mitwirkung der Gewerkschaften bedürfe und erst dann entbehrlich werde, wenn seine Ziele erreicht seien. Ein Antrag Simon, der den Austritt der Generalkommission aus dem Volksbund verlangt, wurde mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Zwischen den Vorständen der Verbände der Fabrikarbeiter und Porzellanarbeiter waren vor dem Kriege aus Anlaß eines Lohnkampfes in Elmshorn, bei dem es zum Streikbruch organisierter Arbeiter gekommen war, Streitigkeiten entstanden, deren Beilegung trotz wiederholter Vermittlung der Generalkommission nicht gelungen war. Die Konferenz erklärt, daß es sich hier um einen Streit handle, bei dem alle Voraussetzungen der Bestimmungen der in München 1914 beschlossenen Verfassung über das Zusammenwirken der Gewerkschaften (Abschnitt B, Ziffer 3) gegeben seien. Danach sei ein Schiedsgericht einzusetzen, dessen Beisitzer je zur Hälfte durch die am Streit beteiligten Gewerkschaften zu ernennen seien und dessen Entscheid endgültig sei. An die beiden in Frage kommenden Vorstände wurde appelliert, sich einem solchen Schiedsgericht zu stellen.

Schließlich fanden noch einige untergeordnete Fragen ihre Erledigung. Um Mißstände im Werkwohnungsweesen festzustellen, soweit es sich um Lohnabzüge bei früheren Kriegsteilnehmern für Wohnungsmieten, die die Arbeitgeber bei Kriegerfrauen nicht erhoben hatten, handelt, soll eine Umfrage an in Frage kommende Verbände ergehen. Hinsichtlich der Beitragsbefreiung der an Lehrkursen teilnehmenden Kriegsbeschädigten wurde erklärt, daß eine einheitliche Regelung nicht angängig sei, da dieser Fall schon in den Satzungen einer Reihe von Gewerkschaften verschiedentlich geregelt sei. Im allgemeinen sei aber zu empfehlen, die Beteiligung an Kriegsbeschädigtenkursen der militärischen Dienstzeit gleichzustellen. Manche Unternehmer, die an die Familien ihrer zum Kriegsdienst einzuziehenden Arbeiter jahrelang Unterstützung zahlten, stellen das Verlangen, daß diese Kriegsteilnehmer sich verpflichten, nach dem Kriegsdienst wieder in ihre alte Stellung zurückzukehren. Obwohl darin eine Beschränkung der Freizügigkeit liege, verpflichte doch ein gewisser Laiz dazu, jahrelange Familienunterstützung nicht ohne Gegenleistung anzunehmen.

Von Seiten der Arbeitgeberverbände wird neuerdings mit großer Energie die Aufhebung des Absatz 2 des § 152 der Gewerbeordnung betrieben. Solange die Koalitionen jedoch nur geduldet werden, sei die Aufhebung des Absatz 2 des § 152 weder dringlich noch erwünscht, da es an der nötigen Rechtsicherheit fehle. Erst wenn das Rechtsverhältnis der Koalitionen und ihrer Mitglieder seine gesetzliche Regelung gefunden haben wird, könne die Beilegung des Mißstands erzwungen werden.

Da u. a. die Gewerkschaften wiederholt Material über Teuerungszulagen für Gewerkschaftsangehörige bei anderen Verbänden gewünscht haben, so wurde die Generalkommission ermächtigt, halbjährlich eine Erhebung bei allen Verbandsvorständen zu veranstalten und die Ergebnisse den Vorständen zuzustellen.

Schutzbefehle ein zuverlässiges Gerüst bauen kann; hier wirkt eben die Praxis mit. Noch beträchtlich einfacher geben sich diese Einrichtungen in der übergroßen Zahl anderer Gewerbebetriebe, wo doch für den Arbeiterschutz in erster Linie die Unfallverhütungs- und behördlichen Schutzbefehle für die Arbeiter, Betriebsleiter und den Aufsichtsbeamten zum Anhalt zu nehmen sind. Von den Arbeitern wird immer ein gewisses Verständnis von diesen Vorschriften verlangt; dasselbe wird man doch bei dem Gewerbeaufsichtsdienst, auch von den in den einzelnen Gewerben oder Berufen praktisch geschulten Arbeiterkontrollleuten oder -kontrollleuten (als Gewerbe-Aufsichtsassistenten) bestimmt erwarten dürfen. Mehr wird erstmal von diesen Kontrollorganen zur Durchführung dieser Bestimmungen nicht verlangt werden können. Im übrigen „wächst der Mensch“ durch Übung und Erfahrung „mit der Größe seiner Aufgaben“.

Feldpostbrief.

Im Felde, den 22. September 1918.

An meine Kollegen und Kolleginnen!

Das Friedensangebot unseres Verbündeten ist von der Entente abgelehnt. Das heißt, von einigen Personen abgelehnt, die heute die Macht in den Händen haben und Deutschland zertrümmert wissen wollen. Das französische, amerikanische und englische wie italienische Volk ist aber nicht danach befragt worden, wie es sich zu diesem Angebot stellt. Also — so wie der Krieg von einigen Personen entfacht worden ist, so bestimmen wiederum nur eine Handvoll Leute darüber, wie lange dieses entsetzliche Völkermorden noch andauern soll. Wie lange wollen die Völker diesen Zustand noch ertragen? Vor einigen Tagen las ich im „Korrespondenzblatt“ die Beschlüsse der französischen Gewerkschaften. Diese stimmen fast durchweg überein mit den Forderungen: keine Annexionen, keine Kriegsschädigungen, sofortige Anbahnung von Friedensverhandlungen und Zusammentritt der Internationale! Das sind die Forderungen des französischen Volkes. Auch in den anderen kriegsführenden Ländern denkt die breite Masse des arbeitenden Volkes nicht viel anders. Deutschland hat durch seine offiziellen Vertreter kürzlich seine Friedensziele deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Nach meiner Auffassung wäre es richtiger gewesen, die deutschen Kriegsziele schon bei dem Friedensangebot im Dezember 1916 in klarer Form zum Ausdruck gebracht zu haben. Zu jener Zeit wehte aber noch ein anderer Wind. Unsere Kapitalisten träumten damals von einem Deutschland, das viel „mächtiger“ werden müsse. Wohin ihre Gedanken und Pläne abzielten, brauche ich nicht anzuführen, das ist oft und deutlich genug von Westarp und Genossen von der Tribüne des Reichstages herab gesagt worden. Ob es richtig war, auch von unseren Führern, schon 1916 so viel vom Frieden zu reden, kann heute bezweifelt werden. Die Gegner vermuteten schon damals hinter diesen Reden unsere Schwäche. Jedoch sollten die wiederholten Bemühungen unserer Regierung, den Frieden herbeizuführen, allseitig anerkannt werden. Die Zersplitterung der sozialdemokratischen Partei hat ebenfalls viel dazu beigetragen, die Herbeiführung des Friedens zu erschweren, indem den Gegnern Deutschlands dadurch Hoffnungen erweckt wurden, daß die Gestaltung der inneren Verhältnisse Deutschlands sie in der Erreichung ihrer Ziele unterstützen werden. Die Politik des 4. August 1914 mußte unbedingt geschlossen beibehalten werden.

Was soll nun werden? Sollen wir tatsächlich noch einen Winterfeldzug durchmachen? Oder sollten unsere Feinde noch zur Einsicht kommen, wenn ihnen der anscheinend noch beabsichtigte Hauptschlag nicht gelingt? Die Meinung der Feldgrauen ist, daß es klar zutage liegt, daß durch die einzelnen Personen, die heute über die Fortführung des Krieges sowie über die Einstellung des Völkermordens allein zu entscheiden haben, die Herbeiführung des Friedens in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist. Deswegen müssen die Arbeiter in den kriegsführenden Staaten sich nunmehr zu Handlungen entschließen. Diese können nur sein: Wiederaufrichtung der Internationale, damit durch diese ein Verständigungs- und Vermittlungsfrieden herbeigeführt wird. An dem guten Willen der deutschen und französischen Arbeiter werden sich die Völker der anderen Länder ein Beispiel nehmen. Die erste Voraussetzung hierfür ist aber Einigkeit und Geschlossenheit der arbeitenden Bevölkerung. Deshalb rufe ich auch unseren Kollegen und Kolleginnen heute wieder zu: **Seid einig, seid Euch Eurer Ziele und Eurer hohen Aufgabe bewußt und handelt danach.**

Mit kollegialem Gruß

W. B., Zahlstelle Großbreitenbach.

Aus unserm Berufe.

Reichenbach. (S.-A.) Die hiesige Porzellanfabrik von Schwabe ging durch Kauf in den Besitz der Firma C. & E. Carstens über. Wie verlautet, soll die Fabrik später durch Neubauten vergrößert werden.

Vollstedt. Die Porzellanfabrik Richard Edert & Co., Akt.-Ges., wird demnächst mit der „Akt.-Ges. Meiste Vollstedter Porzellanfabrik“ und „Porzellanfabrik Unterweißbach, vorm. Mann & Porzelius“ verschmolzen werden. Die Porzellanfabrik Akt. Beck & Gottschall in Raundorf bei Ohrdruf wird ebenfalls in dieser vereinigten Gesellschaft aufgehen. Die Aufsaugung der Kleinen durch die Großen scheint nun auch in der Porzellan-Luxusindustrie lebhaft Fortschritte zu machen.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im Jahre 1917. Mit dem dritten Quartal 1917 ist wieder eine Aufwärtsbewegung im Mitgliederbestande eingetreten. Am 1. Juli 1914 waren 15 586 Hilfsarbeiter organisiert, am Schlusse des ersten Vierteljahres 1917 nur noch 6200, das ist ein Verlust von 9386 Mitgliedern, von denen allerdings 5063 zum Seeresdienst eingezogen wurden. Die anderen verloren gegangenen Mitglieder werden in der Kriegsindustrie bessere Lohnverhältnisse gesucht und gefunden haben. Bei den weiblichen Mitgliedern ist vom zweiten Quartal 1917 wieder eine Zunahme zu verzeichnen, bei den männlichen dagegen erst vom vierten Quartal 1917 ab. Am Beginn des Jahres waren 6534 Mitglieder vorhanden und am Jahreschluß 7702, darunter 5807 weibliche. Seit dem ersten Quartal ist also die Mitgliederzahl um 1502 gestiegen. Der Mitgliederbestand von 7702 setzt sich aus 1895 männlichen und 5807 weiblichen Personen zusammen. Die Agitation zeigt jetzt wieder bessere Erfolge, da mit den Steuerungszulagen, sowie in den Lohnverhältnissen, so unbefriedigend sie noch sind, doch eine Besserung eingetreten ist, weil eben unter dem starken Mangel an Arbeitskräften die Unternehmer Zugeständnisse machen mußten. Die Arbeitslosigkeit ist gegen das Vorjahr weiter zurückgegangen. Im vierten Quartal ist sie jedoch wieder etwas gestiegen.

Die Krankenziffer hat sich infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse außerordentlich erhöht. Im Jahre 1916 wurden 2966 Krankheitsfälle mit 21 148 Mk. unterstützt, im Jahre 1917 dagegen 3653 Mitglieder mit 25 964 Mk.; es sind also mehr als die Hälfte der Mitglieder krank gewesen. — Die Jahreseinnahme betrug insgesamt 207 374 Mk., die Ausgabe 159 249 Mk. Mit den Vorschüssen an die Zahlstellen hat sich das Verbandsvermögen von 187 625 Mk. auf 235 750 Mk. erhöht.

Zur Beratung über die Durchführung der Steuerungszulagen und der weiteren Regelung der Tariffrage für 1918 machte sich die Einberufung von drei Gauleiterkonferenzen notwendig.

Der Holzgraphenverband im Jahre 1917. Durch die Wirkungen des Krieges hat dieser Verband von allen graphischen Gewerkschaftsorganisationen am allermeisten zu leiden gehabt. Schon in Friedenszeiten war es nicht leicht, den Verband aufrecht zu erhalten; durch den Krieg ist das unmöglich geworden. Die Beitragszahlung hat ganz aufgehört; auch die Rechte der Mitglieder ruhen. Das Erscheinen der Verbandszeitung mußte seit Ausbruch des Krieges eingestellt werden, wodurch der Zusammenhalt der Mitglieder ein immer loserer wurde. Durch die zahlreichen Einberufungen zum Seeresdienst gibt es in den einzelnen Filialen des Reiches nur noch ganz vereinzelt Mitglieder. Und dies sind meist ältere Berufsangehörige, die zum großen Teil im Beruf nicht mehr tätig sind. Als Holzschreider sind im ganzen Reiche nur in Berlin noch ein kleiner Teil in den Modeverlagen beschäftigt. Schon in den letzten Friedensjahren mußten viele Mitglieder den erlernten Beruf aufgeben, und es erscheint möglich, daß nach dem Kriege der Holzschnitt durch die anderen graphischen Reproduktionsverfahren ganz verdrängt wird. Während der Verband am 1. Juni 1909 noch über 500 Mitglieder zählte, waren es bei Ausbruch des Krieges nur noch 412, und am 1. Januar 1918 betrug der Mitgliederbestand noch 97. Der Nachwuchs hat ganz aufgehört; schon vor dem Kriege wurden Lehrlinge nicht mehr ausgebildet. Der Verbandsvorstand vertritt in einem Rundschreiben an die Mitglieder die Auffassung, daß der Verband seinen alten Mitgliederbestand nicht mehr annähernd erreichen wird und daher in seiner früheren Tätigkeit als Organisation sich nicht mehr aufrechterhalten läßt. Er will deshalb den Mitgliedern den Vorschlag unterbreiten, sich als Organisation aufzulösen und das Vermögen der Allgemeinen Krankenzusatz- und Begräbniskasse Stuttgart zu über-

weisen. Nach Beendigung des Krieges soll alsbald eine Konferenz einberufen werden, die hierüber entscheiden soll.

Vermischtes.

Die Kartoffelration muß erhöht werden! In der Bevölkerung werden gegenwärtig wieder recht lebhaft Klagen laut, daß die sieben Pfund Kartoffeln pro Woche vollständig ungenügend seien, und sehnsüchtig erwartet man vom Kriegsernährungsamt, daß es die Ration mindestens auf 10 Pfund heraufsetzt. Wie uns mitgeteilt wird, hat das Kriegsernährungsamt nicht die Absicht, den gesuchten Zuschlag eintreten zu lassen, es soll bei den sieben Pfund bleiben. Diese Stellungnahme des Kriegsernährungsamtes, wenn es eine endgültige ist, wird recht herbe Enttäuschung und große Unzufriedenheit hervorrufen. Die Berichte über den Stand der Spätkartoffeln lauten nicht ungünstig, so daß anzunehmen ist, daß wir mit einer relativ günstigen Ernte abschließen, zumal auch die Anbaufläche für Kartoffeln um ungefähr 200 000 Hektar gestiegen ist. Es ist auch ganz unverständlich, wie das Kriegsernährungsamt die bisherige geringe Zuteilung begründen will, da es für andere Lebensmittel eine weitere Kürzung angeordnet hat. Die Kartoffel bleibt wieder das einzige Nahrungsmittel, das uns Ersatz, wenn auch keinen vollwertigen, bringen muß.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen fragt mit Recht:

Wie stellt sich denn das Kriegsernährungsamt das Durchhalten vor? Brot bleibt unter der im vorigen Herbst schon recht mäßigen Ration, Fleisch gelangt einige Wochen überhaupt nicht zur Verteilung, sonst in gekürzter Ration, die Ausgabe von Nahrungsmitteln kommt nur noch ganz gelegentlich den Hausfrauen zur Kenntnis, und zu alledem eine ungenügende Zuteilung der Kartoffeln.

Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß nicht mehr gegeben werden kann. Die 47 Millionen Menschen in den Städten, die mit Kartoffeln zu versorgen sind, beanspruchen ein Jahresquantum von 12 1/2 Millionen Tonnen Kartoffeln. Diese Versorgung muß in diesem Jahre möglich sein, vor allem muß die reichliche und rechtzeitige Winterversorgung der Verbraucher durchgeführt werden. Unsere Gesamternte hat in Friedenszeiten bis zu 50 Millionen Tonnen betragen, sie ist im Kriege in ungünstigen Jahren nicht unter 30 Millionen gesunken. Der städtische Verbrauch ist immer nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil des Gesamtertrages, er kann und muß gedeckt werden. Die Anbauprämien, die in Preußen und anderen Bundesstaaten den Landwirten geboten würden, sollten doch die Aussichten auf eine bessere Versorgung der Bevölkerung eröffnen, oder sollen nunmehr die Städter wieder jeden Sonntag in das Land hinauspilgern, um beim Landwirt die Abgabe von Kartoffeln zu erbetteln? Wir verlangen, daß vom Kriegsernährungsamt mehr Rücksicht auf die Notlage der Bevölkerung genommen wird, diese Schicksalsschritte behagen uns nicht.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamer Str. 121 h) haben jenseits des 21. und 22. Heft ihres 24. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Preussische Wahlreform, von Wolfgang Heine, Mitglied des Reichstages. — Englands Knock-out-Politik gegen Frankreich und Deutschland, von Dr. Ludwig Duesel, Mitglied des Reichstages. — Die Einheit Rußlands, von Hermann Kranold. — Midnether, klarer Mond, von Ralt Whitman, übertragen von Max Sahel. — Bollmar, von Max Schippel. — Die russische Keitheit, von Dr. Adolf Behne. — Eindrücke aus Kowno, von Bruno Lant. — Die tolle Lotte, von Hermann Essig. — Gemeinwirtschaft, von Edmund Fischer, Mitglied des Reichstages. — Das kommunale Frauenwahlrecht, von Dr. Hugo Lindemann, Mitglied des Landtages. — Marktliteratur, von Dr. Conrad Schmidt. — Berliner Ausstellungen, von Lisbeth Stern. — Die Landwirtschaft im Kriege, von Konrad Adelman, und anderes mehr. Als Beigabe bringt das Heft ein Bild Georg von Bollmars aus den siebziger Jahren.

Der Preis dieses verstärkten Heftes beträgt 1,20 Mk. (jenseits 90 Pfennig). Der eines Vierteljahresabonnements 3,40 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Provinzen und Bahnhöfen, bei allen Kolporteurs, durch jede Postanstalt, sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35. Man bestelle vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Verjammlungsberichte.

Eisenberg. Die am 14. September stattgefundene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich ausschließlich mit der Stilllegung der Kaiserfabrik. Ganz plötzlich und von den Beschäftigten unerwartet erhielt man am Freitag sämtliche bis auf einige wenige die Mitteilung, daß der Betrieb umlage Kostenmangels stillgelegt werden müsse. Die Frauen erhielten zu ihrem Erstaunen folgenden Schein zugestellt: „Dieser Schein ist bei der einstellenden Firma abzugeben.“

Abkehrscheine.

Der —, geboren am —, welche vom — bis — in unserem Betriebe beschäftigt war, wird hiermit bescheinigt, daß sie die Beschäftigung bei uns mit unserer Zustimmung aufgegeben hat. Eisenberg, S.-A., den 14. September 1918.

Porzellanfabrik Raff. Fr. Becker.

Vor allen Dingen sei den Weiblichen mitgeteilt, daß ein Abkehrschein für Arbeiterinnen gesetzlich nicht notwendig ist, also keine Bedeutung hat, etwa wie bei den Männlichen. Der letzte Satz ist übrigens eine Unwahrheit, denn um eine Zustimmung ist niemand gefragt worden, wie in der Versammlung festgestellt wurde. Man sieht hieraus, daß man noch immer einseitig handelt, ohne die Arbeiter zu fragen. Natürlich geht das nicht so ohne weiteres. Zunächst soll sofort eine Betriebsversammlung stattfinden und der Arbeiterausschuß bei der Firma vorstellig werden. Ferner sollen die hiesigen Behörden dafür interessiert werden, da immerhin noch rund 150 Leute im Betracht kommen. Sie müssen Anspruch auf Unterstützung erheben. Zwar hat die Firma durchblicken lassen, daß sie geneigt sei, eine Abfindung an die Feiernden zu geben, wenn der Betrieb wieder in Tätigkeit gesetzt wird. Darauf können die Arbeitslosen jedoch nicht warten und in der arbeitslosen Zeit auch davon nicht leben.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Altwasser, Waldenburg, Niederfalabrunn. Montag, den 7. Oktober, abends 1/8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“ in Altwasser, für sämtliche Vertrauenspersonen und Unterkaffierer. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht. Der stellvert. Vorsitzende, Berlin. Freitag, 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Verwaltungs-

sitzung im Bureau.

Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Zahlstellenversammlung bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Wichtige Tagesordnung.

Eisenberg. Sonnabend, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, Zahlstellenversammlung bei Max Obst. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Ferdinand Fischer, Dreher, geboren am 20. Juli 1898 in Tirschenreuth, gefallen am 6. September 1918 im Westen. Mitglied der Zahlstelle Tirschenreuth.

Martin Budnik, Dreher, geboren am 26. Oktober 1888 in Schmilow bei Kolmar, gefallen am 22. Juli 1918 durch Granatplitter im Westen. Mitglied der Zahlstelle GImshorn.

Fritz Häkel, Dreher, geboren am 17. Februar 1884 in Mithaldensleben, gefallen am 12. September 1918. Mitglied der Zahlstelle Magdeburg.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Retoucheur

respektive Puser auf Figuren aus Gips gesucht. Auch Kriegsbeschädigter wird eingestellt. Angebote an Pietro Mariotti, Hannover, Köfelerstr.

Druckereileiter.

Wir suchen zum 1. Oktober, event. sofort, für unsere umfangreiche Buntdruckerei einen energischen Leiter, der eine gleiche Stellung in einem mindest ebenso großen Betriebe mit Erfolg innegehabt hat. Andere Bewerbungen zwecklos. Angebote mit Lebenslage, Zeugnisabschriften, Photographie, Ansprüche, Militärverhältnis, Eintrittstermin erbeten an Porzellanfabrik Fraureuth A.-G., Fraureuth b. Weidau i. Sa.

Gewandter Schabloneuschneider

welcher auch in Unterglasurmalerei zuverlässig arbeiten kann, zum sofortigen Eintritt gesucht.

Ludwig Wessel, A.-G., Bonn am Rhein.

Tüchtige Selderdreher

für dauernde Beschäftigung gesucht.

Reißner Ofen- und Porzellanfabrik, vorm. C. Leichert, Reußen, Neumarkt.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Antritt

2 Gindreher auf Kochgeschirre.

Bevorzugt die, welche schon auf Kochgeschirre gearbeitet haben.

F. W. Götsch, Ofen- und Tonwarenfabrik, Avt. 2, Strehla (Elbe).

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, alle goldhaltigen Malrückstände

kauft bei schneller, reeller Bedienung höchstzahlend. Für 5- und 10-Gramm-Flaschen mit Stöpsel zahle 4 Pf. pro Stück.

A. Langhammer, Willau bei Zwickau, Sa.

Gerarabg. v. Verband d. Porzellan- u. betw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Berlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Ballstr. 22.